

Befragungen zeigen: Das Volk will den Umweltschutz!

Allen Unkenrufen zum Trotz: Unter den Schweizer Stimmberechtigten steht der Umweltschutz weiterhin hoch im Kurs. Eine überwältigende Mehrheit spricht sich gegen den Abbau von Massnahmen zu Gunsten des Umweltschutzes aus. Wenn es konkret wird, fehlt aber zuweilen die Konsequenz. Je nach Situation werden andere Interessen höher gewichtet.

Das Bekenntnis zum Umweltschutz ist in der Schweiz ungebrochen hoch. Dies zeigte die Detailanalyse der letzten Univox-Befragung zum Thema Umwelt aus dem Jahr 2003. Die bisherigen Massnahmen zum Schutz der Umwelt werden in allen Bereichen unterstützt, beim Natur- und Landschaftsschutz, dem Bodenschutz und der Prävention gegen Risiken der Gentechnologie

wurde sogar ein Ausbau verlangt. Dieses Ergebnis weckt Hoffnungen bei den Initianten künftiger Initiativen mit umweltpolitischer Stossrichtung.

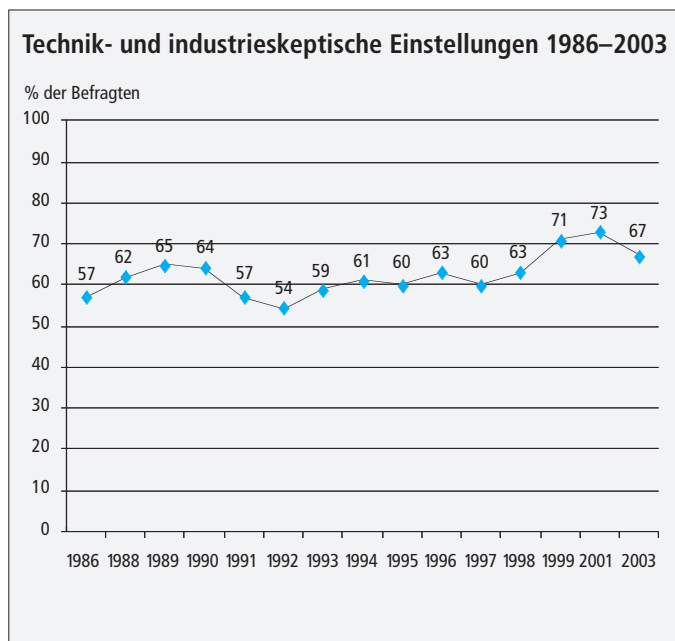
Verschlungener Weg von der Einstellung zur Abstimmung

Allerdings können die Univox-Ergebnisse nicht eins zu eins auf Abstimmungsvorlagen übertragen werden. Diese tangieren meist eine Reihe unterschiedlicher Gebiete, weshalb die Stimmberechtigten nebst ihrer Einstellung zum Umweltschutz noch andere Überlegungen in die Entscheidungsfindung einfließen lassen. Dies zeigte sich sehr anschaulich am Beispiel der Atominitiativen, über welche im Mai 2003 abgestimmt wurde. Obschon seit 1999 der Anteil derjenigen Schweizerinnen und Schweizer, welche die Risiken der Kernenergie für nicht tragbar halten, bei über 70 Pro-

Inhaltliche Verantwortung:

Martin Abele
 gfs-zürich, Markt- & Sozialforschung
 Riedtlistrasse 9, 8006 Zürich
 Telefon 044 361 51 08
 Fax 044 350 35 33
 martin.abele@gfs-zh.ch
 www.gfs-zh.ch

Isabel Flynn
 Redaktorin «Zürcher UmweltPraxis»
 Telefon 043 259 24 18
 isabel.flynn@bd.zh.ch
 www.umweltschutz.zh.ch



Die Bevölkerung bleibt technischen Errungenschaften gegenüber skeptisch, auch wenn sie diese seit Jahren einsetzt.

Quelle: gfs Zürich



Aus Umfragen zur Umwelteinstellung lassen sich keine Abstimmungsergebnisse prognostizieren. Eine Vielzahl anderer Faktoren kann den Entscheid in die Gegenrichtung beeinflussen.

Quelle: gfs

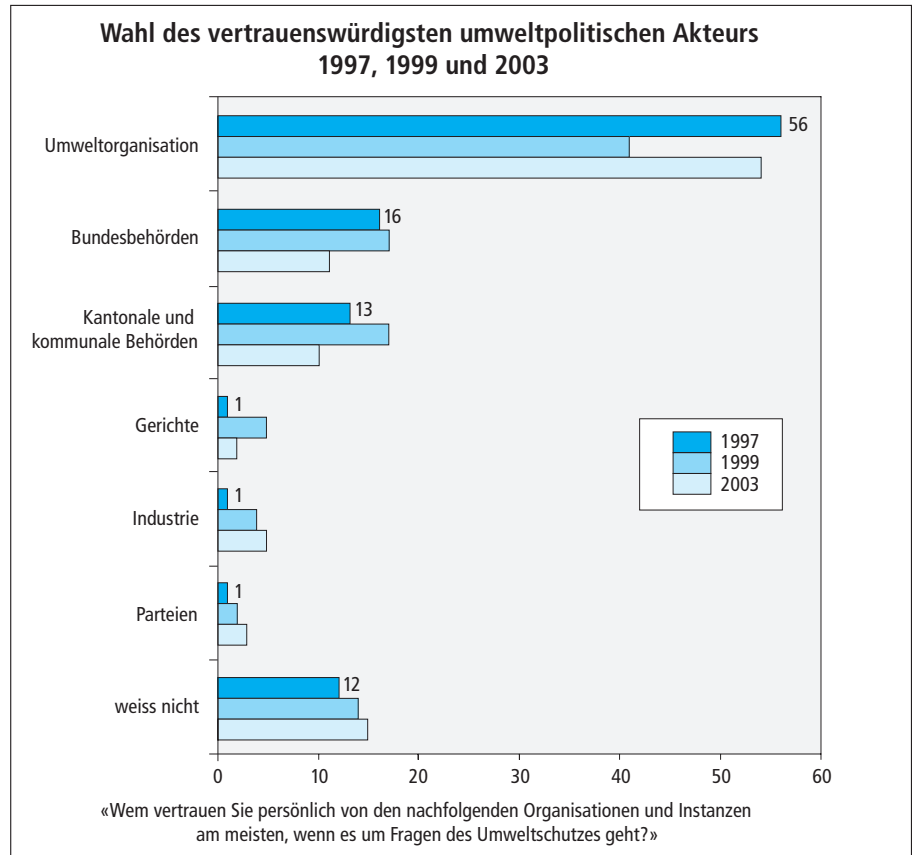
zent liegt, wurden beide Initiativen abgelehnt.

Eine Frage des Gefährdungsgefühls

Überrascht hat diesbezüglich besonders die Ablehnung der Moratoriums-Initiative. Wer die Risiken der Kernenergie eher für nicht tragbar erachtet, müsste eigentlich dafür einstehen, dass das 1990 beschlossene Moratorium weitergeführt wird. Die Umstände waren 2003 aber nicht dieselben wie Ende der 1980er-Jahre. Damals waren die Proteste gegen Kaiseraugst und der Reaktorunfall in Tschernobyl noch stark in den Köpfen präsent. Inzwischen hat man sich mit den bestehenden Kernkraftwerken arrangiert und misst trotz sogar noch kritischerer Grundhaltung zur Kernenergie bei der konkreten Frage «AKW Ja oder Nein» Themen wie der Versorgungssicherheit grössere Bedeutung zu. Diese Prioritätensetzung kann wieder ändern, sollten konkrete Pläne für den Bau neuer Atomkraftwerke vorliegen oder ein neuer Unfall in einem Kraftwerk eintreten.

Die kritische Einstellung der Bevölkerung zur industriellen und technologischen Belastung der Umwelt zeigt sich auch in anderen Belangen. So tendieren ebenfalls über 70 Prozent zur Meinung, die moderne Industriegesellschaft missbrauche die Natur in gefährlicher Weise. Jeweils mehr als 60 Prozent befürchten, dass wichtige Rohstoffe in absehbarer Zeit knapp werden könnten und dass die Umweltprobleme nicht allein durch neue Techniken und Erfindungen gelöst werden könnten.

Heikel werden solche Fragen besonders dann, wenn sich die Menschen durch eine Industrie- oder Infrastrukturanlage persönlich betroffen fühlen. In der Univox-Studie wurde gefragt, welche Anlagen als besonders störend empfunden werden. Dabei zeigt sich, dass Kernkraftwerke zusammen mit Flughäfen an der Spitze liegen. Auch ein mögliches Endlager für radioaktive Abfälle und eine Chemiefabrik werden als Bedrohung wahrgenommen. Dies manifestiert sich dann in organisiertem lokalem Wider-



Eine Mehrheit der Stimmberechtigten vertraut vor allem den Umweltschutzorganisationen und nicht den Behörden, wenn es darum geht, die Interessen der Umwelt wahrzunehmen.

Quelle: gfs Zürich

stand, wenn entsprechende Projekte konkret werden.

Persönliche Betroffenheit als Gradmesser

Hier zeigt sich ein grosses Problem für die an einem starken Umweltschutz interessierten Kreise. Die Menschen wollen zwar grundsätzlich in einer intakten und immissionsfreien Umwelt leben, sie wehren sich aber erst dafür, wenn sie selbst unmittelbar betroffen sind. Ansonsten gewichten sie je nach Situation andere Aspekte höher. Das kann das eigene Bedürfnis nach uneingeschränkter Mobilität sein (Flughafen, Autobahnen), die wirtschaftliche Prosperität (Ansiedlung neuer immissionsintensiver Firmen) oder eben die gesicherte Energieversorgung (Kernkraftwerke). Um das durchaus vorhandene Bewusstsein der Schweizerinnen und Schweizer für die Notwendigkeit des Umweltschutzes abzurufen, muss also immer wieder neu die unmittelbare Betroffenheit der Menschen in Erinnerung gerufen werden. Denn die

meisten Leute sind erst bereit, dem Umweltschutz die volle Priorität zu geben, wenn sie spüren, dass es ernst gilt.

Die besten Voraussetzungen, die Botschaft an die Bevölkerung heranzutragen, haben die Umweltschutzorganisationen. Ihnen schenken die Stimmberechtigten am meisten Vertrauen, wenn es darum geht, die Interessen der Umwelt wahrzunehmen. Eine Mehrheit von 56 Prozent hält sie für den glaubwürdigsten Akteur. Die Behörden, Gerichte, Wirtschaftsverbände und Parteien erhalten diesbezüglich deutlich weniger Kredit.

Forschungsprogramm Univox

Univox ist eine umfassende Langzeitbeobachtung unserer Gesellschaft, die das Markt- und Sozialforschungsinstitut gfs-zürich in Zusammenarbeit mit rund 20 spezialisierten, zumeist universitären Instituten seit 1986 realisiert. Dabei werden zu 24 verschiedenen Themenbereichen jeweils über 700 Personen in der Deutsch- und Westschweiz repräsentativ befragt.